



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das vergangene Jahr.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das vergangene Jahr.

Wieder ist ein Jahr verflossen, das neunte seit den großen Tagen, in denen unter Kriegsgewittern das deutsche Reich in neuer Gestalt wiedererstand, um die Nation politisch, social und wirthschaftlich zusammenzufassen, zu stärken und zu sichern und für Europa die Macht zu werden, die den Weltfrieden erhält. Groß waren die Aufgaben gewesen, welche der Regierung und der Volksvertretung in den Jahren vor 1879 von den Verhältnissen und Bedürfnissen der Neuschöpfung gestellt wurden, groß fast nach allen Richtungen hin in den innern und äußern Fragen auch die Leistungen und Erfolge. Nicht minder Bedeutendes hat uns das vergangene Jahr gebracht, und was auch Parteistimmen tadeln und befürchten mögen, alle Unbefangenen haben das Gefühl, alle Sachkundigen die Ueberzeugung, daß wir noch immer im Aufsteigen begriffen und seit den letzten zwölf Monaten eine gute Strecke vorwärts gekommen sind.

Der Kampf der Staatsgewalt mit den ungerechtfertigten Ansprüchen des Ultramontanismus hat noch nicht zu dem vielfach ersehnten Frieden geführt, doch hat seine Heftigkeit nachgelassen, und es ist Hoffnung vorhanden, daß beide Theile in nicht zu ferner Zeit zu einer Verständigung gelangen werden, zumal da Rom, obwohl unzweifelhaft eine Großmacht in seiner Art, den Gegnern gegenüber, die ihm in den letzten Jahren auch in den beiden westlichen Nachbarländern erstanden sind, keineswegs allmächtig ist.

Die socialdemokratische Bewegung, welche sich gegen das Eigenthum richtete und den Staat in Communen zu zersplittern vorhatte, ist auf gesetzlichem Wege zum Haltmachen gezwungen worden, und wenn von vornherein anzunehmen war, daß es noch fortgähren würde, und wir in den Wahlen jetzt gelegentlich noch Beweise dafür erhalten, so ist wenigstens dem Lärmen und Sich-Brüsten der Führer und ihrer bethörten Herde Ruhe geboten. Lärm und Großsprecherei aber sind die Lebensluft und das Hauptmittel zur Ausbreitung für diese Partei. So dürfen wir uns zuversichtlich der Erwartung hingeben, daß die Bewegung in ihrer jetzigen Eindämmung zunächst nicht weiter wachsen und allmählich sich be-

ruhigen werde, besonders da, wie nach verschiedenen hochehrwürdigen Erscheinungen auf gewerblichem Gebiete zu hoffen steht, die traurigen Zustände der deutschen Industrie sich in Folge des Schutzes, den ihr die im Laufe des verflossenen Jahres in Betreff der Concurrenz des Auslandes ergangenen Gesetze gewährt haben, bald besseren Platz machen werden und mit der Lage der Arbeitgeber naturgemäß auch die der Arbeitnehmer sich erheblich günstiger gestalten wird.

Das wichtigste Ereigniß des vergangenen Jahres war für Deutschland die große wirtschaftliche Reform, deren wir soeben gedachten, die Rückkehr von den Grundsätzen des absoluten Freihandels mit seiner kosmopolitischen Doctrin zur Berücksichtigung der nationalen Interessen und die Anbahnung eines Steuersystems, welches Erleichterung der mittleren Klassen anstrebt, sowie — was nicht geringere Bedeutung hat — die Herausbildung eines Verhältnisses, durch welches das Reich finanziell auf eigne Füße gestellt wird. Diese Reform ist mit Hilfe der Ultramontanen durchgeführt worden, die sich theils dadurch Nachgiebigkeit des Reichskanzlers gegenüber ihren kirchlichen Bestrebungen zu erwerben hofften, theils Rücksicht auf ihre Wähler in Fabrikreisen zu nehmen hatten. Die Nationalliberalen, schon früher mit dem leitenden Staatskanzler grollend, von ihrem linken Flügel bestimmt und zu einem großen Theile den Lehren der Manchesterpartei zugethan, standen in dem Streite, der über die betreffenden Gesetzworschläge entbrannte, ihrer Mehrzahl nach auf der Seite der Opposition und erlitten mit dieser die große Niederlage, die vorauszu sehen war, als man den Kanzler in der Verfolgung seiner Absichten fest fand. Sie in ihrer damaligen Zusammensetzung und mit ihrer damaligen Führung haben dann, zum Theil im Verein mit der Fortschrittspartei, von der Art, in welcher die Entscheidung fiel, allerlei Unheil geweissagt und von ihr auch politischen Nachtheil fürchten wollen. Das wird abzuwarten sein und aller Wahrscheinlichkeit nach sich nicht erfüllen, und dieser Meinung waren auch weite Kreise des Volkes in Preußen, als es das Abgeordnetenhaus zu erneuern galt. Diese preußischen Wahlen waren eine zweite Niederlage der liberalen Parteien, welche namentlich jenen linken Flügel der Nationalliberalen empfindlich traf und so eine Purification der Partei herbeiführte, die wir von Herzen begrüßen, da sie der Ausartung, der Abirrung dieses Verbandes von Politikern von dessen ursprünglichem Ziel und Wesen ein Ende zu machen und erneutes Zusammengehen desselben mit dem Leiter der Regierung zu ermöglichen verspricht.

Besonders charakteristisch für diesen Umschwung in den Wählerkreisen und zugleich besonders erfreulich war, daß Herrn Lasfers Bemühungen, wieder ein Mandat zu erhalten, wiederholt scheiterten. Während Herr v. Bennigsen, der zu Anfang der Wahlbewegung erklärt hatte, ein Mandat nicht wieder annehmen zu wollen, in seinem alten Wahlkreise wie früher die Majorität der Stimmen

für sich abgeben sah, hatte Herr Laske das Mißgeschick, erleben zu müssen, daß ihm nach langjähriger Wirksamkeit als Parlamentarier die Pforte des Abgeordnetenhauses für dies Mal verschlossen blieb. War seine erste Niederlage, in Frankfurt, schon empfindlich, so war die zweite, in Breslau, dies in noch weit höherem Grade; und zwar einmal schon weil sie die zweite war, dann aber, weil sie ihm von der eignen Partei bereitet wurde. Lieber als die bekannte parlamentarische Größe, die in der That einige Verdienste aufzuweisen hatte, entschied man sich für einen andern Nationalliberalen, der keine „Größe“ war, ja von dem man bis dahin außerhalb Breslau's kaum gehört hatte. Und der Grund war? Wir irren wohl nicht, wenn wir ihn in dem kittelnden Wesen Herrn Laske's und in der Art, wie er den Liberalismus auffaßt, und wie er Opposition macht, suchen, und wenn wir meinen, die Wähler haben es für schädlich gehalten, wenn eine Individualität, in welcher das kritische Element vorwiegt, sich bei der ersten Lesung von Gesetzentwürfen immer und immer wieder in den Vordergrund drängt, um sie mit talmudischem Scharfsinn zu zerfasern und als werthlos erscheinen zu lassen. Selbst Radikale können nicht gut rücksichtslos und mit mehr Doctrinarismus vorgehen, als dies Herr Laske die Jahre daher zu thun gewohnt war, wenn es sich um Vorlagen handelte, die nicht nach liberaler Schablone hergestellt waren. War er dann in späteren Stadien der Berathung auch gewöhnlich bereit, das Zerstückte wieder zu verbinden und sich damit zufrieden zu geben, wenn er in das Gewebe etwas hineingebracht hatte, was nach Liberalismus seiner Art schmeckte, so mußten Unbefangene doch dieses Spiels, das sehr darnach aussah, als gälte es dem Betreffenden mehr, seine Kraft und Bedeutung zu zeigen, als die Sache zu fördern, mit der Zeit überdrüssig werden, zumal da kostbare Zeit dabei verloren ging.

Man hat nach den Wahlen die Reaction heraufziehen zu sehen vermeint und dies vielfach angekündigt. Wir haben von Reaction bis jetzt nichts bemerken können, wohl aber Frieden und Fortschritt im Einverständnis der aus Gemäßigten beider Hauptparteien bestehenden Majorität der Volksvertretung mit der Regierung. Das neue Abgeordnetenhaus bekundet sich in seiner großen Mehrheit als Repräsentation von Wählern, welche mit der Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers einverstanden sind und die Consequenzen derselben auf dem Boden der preussischen Staatseinrichtungen gezogen wissen wollen. Wenn auch das Centrum Wien machte, verdrießlich über das langsame Fortschreiten der Verständigung mit Rom die alte Opposition wieder aufzunehmen, so war dafür von den meisten Nationalliberalen von Anfang an dergleichen nicht mehr zu fürchten, und jene Consequenzen, Schutz der nationalen Arbeit, Erweiterung des Systems der indirecten Steuern und Verstaatlichung der Eisenbahnen, werden

ohne erhebliche Streitigkeiten ihrer Verwirklichung durch Gesetze entgegengehen und haben diesen Weg in diesem Augenblicke schon angetreten.

Der Reichskanzler will keine Reaction, und die Bevölkerung will auch keine. Sie ist nur — wir sprechen dies, so weit wir können, einem hervorragenden Nationalliberalen nach — conservativer geworden, weil es mehr als früher zu conserviren giebt. Sie ist realistischer als ehemals, seit für fast unerreichbar gehaltene Ideale zu Wirklichkeiten geworden sind. Aber mit dem liberalen Gedanken hat die Mehrheit der Nation nicht gebrochen, und nur die Fehler derjenigen Vertreter dieses Gedankens, die Unmögliches erstreben, können die Liberalen aus der ihnen gebührenden Stellung verdrängen. Die Conservativen sind außer Stande, die in den letzten Jahren gelegten Fundamente der Gesetzgebung anzutasten; denn dieselben sind Resultate der Gedankenarbeit der Nation. Sie sind von der Regierung, den gemäßigten Conservativen und den Liberalen gemeinsam geschaffen worden und zwar mit maßgebender Einwirkung der letzteren. Können diese im Allgemeinen mit Genugthuung auf ihr Werk blicken, so haben sie andererseits die Verpflichtung, ohne doctrinären Eigensinn allenthalben ihr Ohr zu leihen, wenn man ihnen Mängel an jenen Schöpfungen nachweist, und zur Beseitigung derselben die Hand zu bieten. Die thatsächlichen Bedürfnisse des Volkes, gleichviel, von welcher Seite sie geltend gemacht werden, nicht die eingebildeten, müssen für sie die Richtschnur abgeben.

So ungefähr Herr v. Bennigsen, der jetzt, nachdem der linke Flügel der Nationalliberalen beinahe völlig beseitigt und der Rest desselben seines Worthalters beraubt ist, in vollerm Sinne als in der vorigen Periode der preussischen Gesetzgebung als Führer der gesammten Partei zu gelten hat, und wir schließen uns seinen Aeußerungen, wenn wir sie so verstehen dürfen, wie wir sie nehmen zu können glauben, Thaten darnach erwartend, bereitwillig an.

Auch das Verhältniß Deutschlands zu den auswärtigen Höfen und Staaten gestaltete sich in diesem Jahre nach einer starken Trübung befriedigend; gerade diese Trübung führte zu einem Ereignisse, welches von allen Deutschen, die das Reich gründlich gegen übelwollende Nachbarn verwahrt, und zugleich von allen Bewohnern Europas, die den Frieden des Welttheils gesichert wissen wollen, mit außergewöhnlicher Freude und Genugthuung begrüßt wurde. Der Reichskanzler hatte, als er das Jahr vorher die Rolle des „ehrlichen Maklers“ übernommen, vor allem jenen Frieden im Auge gehabt und sich deshalb bemüht, einen billigen Ausgleich der Ansprüche aller bei dem russisch-türkischen Kriege unmittelbar und mittelbar betheiligt Gewesenen zu Stande zu bringen. Er hatte ferner diese Politik auch in Betreff der Mitwirkung Deutschlands bei den Maßregeln verfolgt, welche die Ausführung der in Berlin gefaßten Beschlüsse bezweckten. Wenn er dabei auch die Interessen Rußlands wahrnahm und nach Möglichkeit förderte

sie aber selbstverständlich anderen nicht voranstellen konnte, so erregte das bei einer starken Partei unter den Russen Mißstimmung, die sich um so lauter und ungeberdiger äußerte, als diese Partei den Deutschen schon seit Jahren nicht wohlwollte. Fürst Gortschakoff, dem es mit seinen Plänen auf der Balkanhalbinsel, Plänen, die im Sinne jener Partei concipirt waren, nicht nach Wunsch ergangen war, und der doch auch gern den Ruhm eines großen Staatsmanns gewonnen hätte, trat, Unterstützung durch einflußreiche Persönlichkeiten hinter sich wissend, mehr oder minder deutlich als Wortführer für diese feindselige Stimmung auf. Ein Zeitungskrieg entspann sich, man coquettirte russischerseits mit Frankreich, man arbeitete auf ein Bündniß mit demselben hin, ohne Erfolg zu erreichen, man nahm eine drohende Haltung an, man rüstete, wie es schien, um Konstantinopel in Berlin und Wien zu erobern. Die Antwort darauf war die Reise des deutschen Reichskanzlers nach Wien, wo durch Graf Andrassy schon seit Jahren die Ausbildung freundschaftlicher Verhältnisse zum neuen deutschen Reiche begonnen und gefördert worden war, und wo man seit dem Ausgange des Krieges zwischen Rußland und der Pforte gleichfalls Ursache hatte, von jenem einen Angriff zu befürchten. Ob in Wien ein förmliches Bündniß zwischen den beiden Großmächten Mitteleuropas abgeschlossen worden, blieb dunkel. Sicher aber ist, daß ein befriedigendes Einverständniß beider erzielt wurde, welches die Nothwendigkeit gemeinsamen Handelns für den Fall einer ernststen Bedrohung eines der beiden Theile von außen, die Art und Weise des für solche Fälle erforderlichen Vorgehens und überhaupt die Erhaltung und Bertheidigung des europäischen Friedens durch ein Zusammenhalten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in großen Zügen feststellte. Der langjährige Antagonismus zwischen den beiden auf einander angewiesenen Mächten, der auch nach dem Prager Frieden fortgewährt hatte, war damit begraben, eine fast absolute Sicherheit für die Nationen Mitteleuropas nach Osten wie nach Westen hin gewonnen, und das Doppelreich an der Donau hatte fortan keinerlei ernsthafte Störung zu befürchten, wenn es im Einklang mit dem Berliner Uebereinkommen die seiner im Südosten harrenden Aufgaben weiter ihrer endgiltigen Lösung entgegenzuführen strebte.

Diese Aufgaben waren im Jahre vorher durch die Besetzung Bosniens in Angriff genommen worden und wurden im letztverfloffenen durch die Occupation des Sandschaks Novibazar weiter erfüllt, welches die Slawen in Serbien von denen in Montenegro trennt und bis zu einem gewissen Grade die große Straße beherrscht, die quer durch die Balkanländer von Norden nach Süden und dem Aegeischen Meere führt. Nach Erledigung dieser Angelegenheit trat Andrassy, der langjährige Leiter der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns, ins Privatleben zurück und machte dabei einem gleichgesinnten Nachfolger Platz. Unge-

fähr zu derselben Zeit bekam die cisleithanische Reichshälfte ein anderes Ministerium, welches die Versöhnung der Nationalitäten auf sein Programm geschrieben hatte, und zugleich durch Neuwahlen eine conservativere Volksvertretung. In den letzten Wochen beherrschte die Wehrfrage die Situation. Die Regierung verlangte im Hinblick auf den Ernst der Zeit und die Nothwendigkeit, sich in militärischer Hinsicht hündnißfähig zu erhalten, Bewilligung des gegenwärtigen Heeresbestandes von 800 000 Mann Kriegsstärke für weitere zehn Jahre, wozu es einer Majorität von zwei Dritteln der Stimmen des Abgeordnetenhauses bedurfte, und die Liberalen verhinderten durch ihr Votum in erster, dann, obwohl sich inzwischen der Kaiser selbst der Sache angenommen, auch in zweiter Lesung das Zustandekommen jener Majorität, wogegen das Herrenhaus die Vorlage der Regierung fast einstimmig annahm. Führt — so mußte man sich in diesem Stadium der Dinge sagen — die Verfassungspartei bei weiterer Behandlung des Planes in ihrer Opposition fort, so wird dem Ministerium Laaffe in Anbetracht der Thatsache, daß nicht bloß das Herrenhaus Cisleithaniens, sondern auch der ungarische Reichstag der Regierungsvorlage zugestimmt hat, kaum ein anderer Ausweg übrig bleiben als die Auflösung des Abgeordnetenhauses, und für diesen Fall ist es nicht unwahrscheinlich, daß das Land die obstinate Haltung der Liberalen gegenüber der Wehrvorlage ebenso wenig billigt, als es deren Benehmen in Bezug auf die Frage wegen der Besiznahme Bosniens und der Herzegowina gutgeheißen hat, und daß in Folge dessen die doctrinäre Clique, die sich Verfassungspartei nennt, bei den Neuwahlen wiederum eine erhebliche Anzahl von Mandaten einbüßt. Glücklicherweise ist es nicht dazu gekommen, indem kurz vor den Weihnachtsferien, nachdem das Herrenhaus die Regierungsvorlage nochmals gutgeheißen und die aus Mitgliedern beider Häuser zusammengesetzte Conferenz die Annahme derselben empfohlen hatte, die Regierung auch im Abgeordnetenhause das gewünschte Entgegenkommen fand.

Erfreulicher als jener Unfriede zwischen den Factoren der österreichischen Gesetzgebung berührte die kurz vor Jahresluß bekannt werdende Nachricht, daß man sich österreichischerseits mit Rücksicht auf die kriegerischen Zustände auf der Westküste Südamerikas an die deutsche Regierung gewendet und dieselbe ersucht habe, den diplomatischen Vertretern des deutschen Reiches in Chile und Peru und den Befehlshabern der in die dortigen Gewässer entsendeten deutschen Kriegsschiffe den Auftrag zu ertheilen, für den Fall, daß die dortigen Consuln Oesterreich-Ungarns in die Lage kommen sollten, deren Schutz für die ihrer Fürsorge Anvertrauten in Anspruch zu nehmen, denselben nach Maßgabe der Umstände zu gewähren. Diesem Wunsche ist in Berlin bereitwillig und unverweilt entsprochen worden, und so haben wir den ersten thatsächlichen Beweis für die freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen den beiden Mächten bestehen, und

für das harmonische Zusammengehen derselben zu wechselseitiger Vertheidigung in die Hände bekommen und dürfen hoffen, daß, was hier im Kleinen geschehen ist, falls das Bedürfniß dazu eintritt, sich im Großen wiederholen wird.

In hohem Grade unerquicklich sind im vergangenen Jahre die Zustände in Rußland geworden. Der Geist der Revolution scheint hier, abgesehen von den Kleinbürgern und Bauern, in allen Schichten der Bevölkerung zu spuken, und die politische Secte der Nihilisten, schon früher mit Dolch und Revolver für ihr Programm thätig, hat in den letzten Monaten sich zweimal sogar an die Person des Zaren gewagt, obwohl zwischen den beiden Attentaten Maßregeln der strengsten Repression die Bevölkerung niederhielten und mehrere von der verbrecherischen Kotte ihre Missethaten am Galgen oder in den sibirischen Bergwerken büßten. Allgemeines Mißvergnügen, tiefste Bestürzung herrschen in weiten Kreisen der Gesellschaft, und wenn man auch nicht an Berichte glauben darf, nach welchen der Kaiser auf einem Vulcan wandelt, der Winterpalast unterminirt worden ist, der Thronfolger wegen Differenzen mit seinem Vater Verhaftung zu gewärtigen gehabt hat u. dgl. m., so ist nach Meldungen von zuverlässigerer Seite doch kaum mehr zu verkennen, daß die politische Fäulniß, die das weite Reich des Selbstherrschers aller Reußen bis in hohe Sphären hinauf ergriffen hat, bis zu dem Grade gediehen ist, daß man über die Mittel, wie ihr zu begegnen, schon beinahe rathlos ist. Denn mit dem alten System des Niederhaltens scheint es nach den letzten Erfahrungen nicht mehr zu gehen, und andererseits spricht vieles für die Ansicht, daß Nachgeben gegen die Wünsche der liberalen Parteien, Ertheilung verfassungsmäßiger Rechte das Uebel nur an die Oberfläche bringen, es verallgemeinern und die drohende Katastrophe, welche, da die liberale Partei zugleich panslawistische Zwecke auf ihrer Fahne trägt, leicht von einem Losbruche gegen Westen hin begleitet sein kann, beschleunigen würde.

Weniger gefährlich für die nächste Zeit, aber immerhin nicht unbedenklich haben sich im letzten Jahre die Dinge in Frankreich gestaltet. Rascher, als man erwartet, führten die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten Mac Mahon und den durch die Wahlen vom 5. Januar zur Herrschaft in der Gesetzgebung gelangten Republikanern zur Katastrophe. Mac Mahon trat vor den Forderungen der letzteren zurück und machte dem gemäßigten Republikaner Grévy Platz. Das Ministerium Dufaure, welches sich jener Forderungen angenommen hatte, aber sich der neuen Lage nicht genügend gewachsen fühlte, entschloß sich bald nachher, gleichfalls seine Entlassung zu nehmen, und an die Spitze des neuen Cabinets trat Waddington, der dem linken Centrum, also wie Grévy den Gemäßigten angehörte und in der bisherigen Regierung an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten gestanden hatte, an der er jetzt verblieb. Sam-

betta nahm keinen Ministerposten an, sondern begnügte sich einstweilen mit der Stelle eines Präsidenten der zweiten Kammer. Alles schien von nun an gut gehen zu wollen. Die Harmonie zwischen der Regierung und der Deputirtenkammer blieb eine Zeit lang ungestört. Die nächsten Forderungen der fortschrittlicheren Republikaner: Neubefetzung einer Anzahl von höheren Beamten- und Offiziersstellen mit zuverlässigeren Elementen und die Begnadigung der meisten verbannten Communards wurden erfüllt, und wenn der Präsident und sein Cabinet auf das weitere Verlangen nach gerichtlicher Verfolgung des gesunkenen antirepublikanischen Ministeriums Broglie aus guten Gründen nicht einging, so führte der darüber entbrennende Streit zu keinem ernstem Conflict. Die weitere Entwicklung der Dinge aber war nicht so günstig. Der Appetit kam mit dem Essen. Die Linke der Republikaner, der man zwei Finger gereicht, verrieth bald, daß sie die ganze Hand wollte. Sie beanspruchte jetzt Purification auch des Richterstandes und weitere Entlassungen im Offizierscorps, sie drang auf Amnestie für alle Verbannten von 1871, sie forderte Rückkehr der gesetzgebenden Körperschaften von Versailles nach Paris. Gambetta verhielt sich diesen Fragen gegenüber meist zweideutig, schien aber wiederholt den Radikalen zuzuneigen, und da die Regierung sich wenig entschlossen und in wichtigen Punkten zu nachgiebig zeigte, so begannen die Dinge eine Wendung zu nehmen, die ernste Befürchtungen für den Bestand einer conservativen Republik und — da Thiers mit vollem Rechte bemerkt hat: „Die Republik wird conservativ sein oder nicht sein“ — für den Bestand der Republik überhaupt erwecken mußte; denn die große Mehrheit der Franzosen will Frieden haben, um arbeiten zu können, zu verdienen und in ihrem Verdienst geschützt zu sein, die Republik der Radikalen aber ist Unfriede und Anarchie, und die principiell der Republik feindlichen Parteien sind noch stark genug, um, gestützt auf eine Enttäuschung der Hoffnungen, welche das Volk der Provinz auf die Republik baute, als es im Januar wählte, dem Mißbrauch der jetzt geltenden Staatsform bei passender Gelegenheit ein Ende zu machen. Verhängnißvoll erwies sich die Rückkehr der Deportirten, indem der anarchische Pöbel der großen Städte wieder Führer bekam, noch verhängnißvoller wird sich mit der Zeit, trotz aller Vorichtsmaßregeln, die man getroffen hat, die Zurückverlegung der Kammern nach dem unberechenbaren Paris erweisen. Schon fühlt sich der Radikalismus der Clubs und der Straße wieder, schon spricht man in öffentlichen Arbeiterversammlungen ungescheut vom Ansturm gegen die Besitzenden. Andernseits sagte man schon vor Wochen den Sturz Waddingtons voraus, und wenn derselbe nicht sofort erfolgte, der Minister im Gegentheil vor kurzem einen Sieg in der Kammer errang, so schienen die Verhältnisse doch auch nach diesem Erfolge nicht dazu angethan, ihn seine Stelle viel länger behaupten zu lassen, und der Amtsan-

tritt seines Nachfolgers wird den Beginn rascheren Bergabgehens bezeichnen. Die letzten Nachrichten meldeten, daß das Ministerium Waddington seine Entlassung gefordert und Freycinet vom Präsidenten den Auftrag erhalten, ein neues Cabinet zu bilden. Selbst wenn letzterer, ein Mitglied der republikanischen Linken und in Fühlung mit Gambetta, mehrere von den bisherigen Ministern zu Mitarbeitern unter seiner Leitung gewinnen sollte, wird ein Cabinet Freycinet unter allen Umständen einen starken Schritt nach links bedeuten. Die Dinge in Frankreich gleiten in immer mehr beschleunigtem Tempo dem Radikalismus und mit diesem der Anarchie der Blanquisten zu. Das einzige Erfreuliche an Frankreich ist, daß die Regierung und die Majorität der Gesetzgebung ebenfalls den Kampf mit den Ultramontanen aufgenommen hat und ihn bis jetzt energisch fortzusetzen entschlossen scheint.

In Betreff der Völker und Staaten, die nicht Nachbarn Deutschlands sind, und deren Beziehungen zu unsern Interessen erst in zweiter und dritter Linie in Betracht kommen, wollen wir uns kurz fassen. In England wurde von der Partei Gladstones, bisher ohne erheblichen Erfolg, gegen die jetzt am Ruder befindlichen Tories agitirt, während in Irland die Nationalen nach Kräften in Stadt und Land wühlten. Man führte mit wechselndem Glück, zuletzt nach einer schweren Niederlage siegreich, Krieg mit den Zulus, und zu gleicher Zeit versuchte man sich durch Niederwerfung der Afghanen eine bessere Grenze gegen das den brittischen Besitzungen in Indien von Jahr zu Jahr näher rückende Rußland zu verschaffen, ein Versuch, der anfangs gelingen zu wollen schien, nach den letzten Nachrichten aber eine bedenkliche Wendung genommen hat und wenigstens für die nächste Zeit mit allerlei Verlegenheiten droht. In Belgien gab es das ganze Jahr hindurch heftigen Kampf der ultramontanen Bischöfe und ihres zahlreichen Anhangs gegen die liberale und die Rechte des Staates auf die Schule wahrende Regierung. Die Geschichte Italiens im vergangenen Jahre faßt sich in die Worte zusammen: Finanznoth, Steuerdruck, alle Quartale neue Minister und der thörichte Lärm einer Anzahl von Brauseköpfen über die Italia irredenta. Die Türkei fährt fort, zu stechen und in ihrer Politik zwischen Rußland und England hin und her zu schwanken, sie hatte im Laufe des Jahres etwa ein halb Duzend Ministerkrisen und Cabinetwechsel, aber keiner der Nachfolger der abgesetzten Paschas vermochte es irgendwie besser zu machen und namentlich der Finanznoth des zerrütteten Staatswesens abzuhelpen. Das neue Fürstenthum Bulgarien machte die constitutionellen Kinderkrankheiten durch und wird vermuthlich bei der niedrigen Bildungsstufe, welche auch die vornehmeren Klassen seiner Bevölkerung einnehmen, noch recht lange daran leiden, während die unbillige Behandlung der dort und in Ostrumelien lebenden Muhamedaner seitens der jetzt herrschenden Klasse ein Grund zu Verwick-

lungen gefährlicher Art werden kann. Den Rumänen hat man eine Emancipation der in das Land eingezogenen Massen von Juden aufgenöthigt, welche die Bevölkerung auch jetzt noch, wo die Volksvertretung ihr die schlimmsten Spitzen abgebrochen hat, mit Ausfaugung und finanziellem Ruine bedroht. In Spanien endlich hat es auch in diesem Jahre wieder ein paar Krisen gegeben, aus denen neue Ministerien hervorgingen; da sie aber herkömmlich nur selbstüchtige Bestrebungen, Ehrgeiz, Jagen nach einträglichen Posten zur Hauptursache hatten und auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse des übrigen Europas keinen Einfluß übten, so würde ein auch nur kurzes Eingehen auf sie kein Interesse haben.

Ueberblicken wir das Gesagte noch einmal, so sieht der politische Horizont am Beginne des neuen Jahres im Wesentlichen klar und unbewölkt aus, und namentlich für Deutschland scheint eine Ära friedlichen Gedeihens heraufzuziehen. Wolle man sich dabei erinnern und bewußt bleiben, wessen Genie und Energie wir diese guten Aussichten vor allen andern zu danken haben.

Plus der Jugendzeit der Grenzboten.

Von Alfred Meißner.

„Grenzboten“ — Niemand von denen, die heute unsre grünen Blätter in die Hand bekommen, reflectirt wohl darüber, was ihr Name bedeute. Dennoch braucht man ihn nur anzusehen, um zu erkennen, daß er aus einer früheren Zeit herübergenommen ist. Es ist ein Name, dem ein leichter Anachronismus anhängt, wie wenn jemand, dem wir heute begegnen, Leberecht oder Fürchtegott hieße. Wir leben heute in der Zeit der Eisenbahnen, die Länder und Städte verbinden, die gewöhnliche Post regelt den normalen Verkehr, die Boten sind ziemlich abgeschafft, am wenigsten wandern sie heutzutage noch über die Grenze. Man sieht, es ist ein alter Name, dergleichen auch mancher Bau, manches Haus, das fest und ehrbar unter modernen Genossen steht, zu eigen hat; nur muß in dieser raschlebigen Zeit schon ein Antiquar herankommen, ihn zu erklären.

Achtunddreißig Jahre, eine lange Zeit, ist's her, daß das Blatt gegründet wurde und in die Genossenschaft der litterarisch-politischen Blätter eintrat, die damals den Geist der Epoche repräsentirten. Es ist, so viel ich weiß, aus jenen